

Rote Schals auf der Straße

Stadtteilmütter demonstrieren am Abgeordnetenhaus

03.11.2014 / Sylvia Baumeister



Neuköllner Stadtteilmütter protestieren vor dem Bundesministerium für Arbeit gegen den Förderstopp. Foto: Sylvia Baumeister

Neukölln. Weil das Förderprogramm Bürgerarbeit endet, verlieren die Hälfte der Neuköllner Stadtteilmütter ihren Job - trotz aller politischen Befürwortung des erfolgreichen Integrationsprojekts.

Mit einem Demonstrationzug protestierten die Neuköllner Stadtteilmütter am 31. Oktober vor dem Abgeordnetenhaus und dem Bundesministerium für Arbeit. Auf Transparenten forderten die Frauen: "Lassen Sie nicht zu, dass wir wieder zuhause rumsitzen müssen." Seit dem 1. November entfallen 56 Stellen in Neukölln, weil das Förderprogramm Bürgerarbeit ausläuft. Für viele der Frauen ist das problematisch, weil sie aufgrund mangelnder Schul- oder Berufsabschlüsse jetzt erneut von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Vom Bund fordern sie deshalb eine Anschlussförderung, um ihre Stellen zu erhalten. Denkbar wäre auch eine Ausweitung des Landesrahmenprogramms "Integrationslotsinnen", mit dem in Berlin seit diesem Jahr insgesamt 70 Stadtteilmütter in regulären Beschäftigungsverhältnissen finanziert werden, davon zehn in Neukölln.

"Wenn keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt werden, müssen im kommenden Jahr 42 Stadtteilmütter die Arbeit von bisher 110 Frauen übernehmen", sagt Projektleiterin Maria Macher vom Träger Diakoniewerk Simeon. Die Konsequenzen daraus: 65 Einrichtungen - darunter Schulen, Kitas und Familienzentren - können zukünftig nur noch punktuell von den Stadtteilmüttern aufgesucht werden. "Die Frauen sind frustriert und die Erzieher und Lehrer vermissen ihre langjährigen Kooperationspartner", erzählt Alix Rehlinger, Koordinatorin beim Diakoniewerk Simeon. Über die Einrichtungen bekommen die Stadtteilmütter Kontakt zu Familien mit Migrationshintergrund in sozial schwachen Kiezen und beraten sie bei Erziehung, Gesundheit und Bildung. Mehr als 8000 Familien konnten auf diesem Wege bisher erreicht werden.

"Dass 56 Stadtteilmütter jetzt arbeitslos werden, ist ein Desaster für die erfolgreiche Integrationsarbeit in sozialen Brennpunkten", meint der Abgeordnete Joschka Langenbrinck (SPD). Boris Velter, Staatssekretär für Arbeit, kündigte an, man werde sich bemühen, künftig zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen für die Stadtteilmütter zu nutzen. "Auch eine Ausweitung des Landesrahmenprogramms ist natürlich denkbar. Dazu gehört aber auch die notwendige Unterstützung durch das Abgeordnetenhaus." Langenbrinck wirft den Ball zurück: "Das Abgeordnetenhaus kommt erst wieder zur Verabschiedung des nächsten Haushalts ins Spiel." Er fordert von Arbeitsministerin Dilek Kolat (SPD) eine Umschichtung der Mittel in ihrem Ressort, um weitere Stellen zu finanzieren.